

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Mandy Eißing, Nicole Gohlke, Dr. Michael Arndt, Desiree Becker, Anne-Mieke Bremer, Maik Brückner, Kathrin Gebel, Mareike Hermeier, Christian Görke, Ates Gürpınar, Maren Kaminski, Cansin Köktürk, Ina Latendorf, Sonja Lemke, Stella Merendino, Sören Pellmann, Evelyn Schötz, Julia-Christina Stange und der Fraktion Die Linke**

### **Ehrenamt und Geschlecht**

Ehrenamtliches Engagement ist eine tragende Säule des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland. Laut Freiwilligensurvey 2019 engagieren sich rund 39,7 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren freiwillig – das entspricht etwa 28,8 Millionen Menschen. Auch wenn sich die Engagementquoten von Frauen und Männern in den letzten Jahrzehnten angenähert haben und mittlerweile fast gleichauf liegen, zeigen differenzierte Analysen weiterhin deutliche geschlechtsspezifische Ungleichheiten. Frauen engagieren sich vor allem in sozialen, kulturellen und bildungsbezogenen Bereichen sowie in der Nachbarschaftshilfe, während Männer insbesondere im Sport, in der Feuerwehr, bei Rettungsdiensten oder in politischen Gremien tätig sind. Führungspositionen im Ehrenamt sind nach wie vor überwiegend männlich besetzt (<https://de.statista.com/infografik/31369/anteil-freiwillig-engagierter-personen-in-deutschland-nach-bereich/>).

Hinzu kommt, dass Frauen häufiger mit einer Mehrfachbelastung konfrontiert sind: Neben bezahlter Erwerbsarbeit leisten sie einen Großteil der unbezahlten Sorgearbeit – laut Daten des Statistischen Bundesamts sind es im Durchschnitt 29,8 Stunden pro Woche, während Männer lediglich auf 20,7 Stunden kommen. Diese strukturelle Ungleichverteilung erschwert es vielen Frauen, sich zusätzlich ehrenamtlich zu engagieren – insbesondere in Organisationen mit festen Sitzungszeiten oder Abendterminen. Während das Ehrenamt für Männer oft mit Sichtbarkeit, Status und Aufstiegsmöglichkeiten verbunden ist, übernehmen Frauen vielfach unsichtbare, fürsorgende oder organisatorische Aufgaben, die gesellschaftlich weniger anerkannt werden.

Besonders in ländlichen Regionen wird die strukturelle Benachteiligung deutlich. In konservativ geprägten Vereinsstrukturen fehlen nicht selten familienfreundliche Angebote und flexible Formate. Das führt dazu, dass Frauen hier deutlich seltener ehrenamtlich aktiv sind – in sehr ländlichen Räumen ist ihre Engagementquote bis zu 10 Prozentpunkte niedriger als die der Männer ([https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.824080.de/publikationen/wochenberichte/2021\\_35\\_1/ehrenamtliches\\_engagement\\_soziale\\_gruppen\\_insbesondere\\_in\\_sehr\\_laendlichen\\_raeumen\\_unterschiedlich\\_stark\\_beteiligt.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.824080.de/publikationen/wochenberichte/2021_35_1/ehrenamtliches_engagement_soziale_gruppen_insbesondere_in_sehr_laendlichen_raeumen_unterschiedlich_stark_beteiligt.html)).

Diese Befunde werfen grundlegende Fragen zur Geschlechtergerechtigkeit im Ehrenamt auf. Es braucht aus Sicht der Fragestellenden politische Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Engagement, Beruf und Sorgearbeit, zur geziel-

ten Förderung weiblicher Führungskräfte im Ehrenamt sowie zum Abbau struktureller und bürokratischer Barrieren.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Menschen engagieren sich nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit ehrenamtlich in Deutschland (bitte nach Geschlecht, Altersgruppe, Bundesland und Engagementfeld aufschlüsseln)?
2. Wie haben sich diese Zahlen seit 2019 entwickelt (bitte nach Jahren inklusive prozentualen Anteil an der Gesamtbevölkerung aufschlüsseln)?
3. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil weiblicher, männlicher und diverser Ehrenamtlicher, und wie hat sich dieser Anteil seit 2019 entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
4. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil weiblicher, männlicher und diverser Ehrenamtlicher in leitenden bzw. führenden Funktionen (z. B. Vorstand, Geschäftsführung, Projektleitung), und wie hat sich dieser Anteil seit 2019 entwickelt?
5. Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass Frauen im Ehrenamt seltener Führungsrollen übernehmen, und liegen der Bundesregierung Studien und Evaluierungen hierzu vor, und wenn ja, welche?
6. Welche Maßnahmen ergreift oder plant die Bundesregierung, um die Vereinbarkeit von Familie, Erwerbsarbeit und Ehrenamt insbesondere für Frauen zu verbessern?
7. Wie hoch ist derzeit das Budget für die Erhöhung der Übungsleiter- und Ehrenamtszuschüsse?
8. Wie soll sich dieses im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigte „Zukunftspakt Ehrenamt“ konkret finanziell auswirken, und welche konkreten Schritte zur Umsetzung sind hierzu bereits geplant?
9. Liegen der Bundesregierung Evaluationen zur tatsächlichen Nutzung der Übungsleiterzuschüsse vor, und wenn ja, wie viele Personen profitieren aktuell jährlich davon (bitte nach Geschlecht und Altersgruppe aufschlüsseln)?
10. Inwiefern werden bei der Weiterentwicklung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit systematisch berücksichtigt (z. B. bei Förderlinien, Beratung, Öffentlichkeitsarbeit)?
11. Inwiefern werden unterschiedliche Lebensrealitäten, z. B. von transgeschlechtlichen oder nicht-binären Personen, bei der Engagementstrategie der Bundesregierung berücksichtigt?
12. Welche Mittel sind im Bundeshaushalt 2025 und 2026 zur Förderung von chancengerechtem Engagement (z. B. Programme zur Stärkung weiblicher Ehrenamtlicher, Forschung zu Teilbarkeitsbarrieren) eingeplant?
13. In welchem Umfang und Zeitrahmen verfolgt die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigten Vorhaben, die Attraktivität des Ehrenamts für junge Menschen zu steigern und die Vereinbarkeit von Familie und Ehrenamt zu verbessern, und wie sollen diese geprüft bzw. umgesetzt werden?

14. Inwiefern berücksichtigt die Bundesregierung bei der Erhebung und Bewertung ehrenamtlichen Engagements auch informelle, nicht institutionell gebundene Formen wie Angehörigenpflege, Kinderbegleitung zu Freizeitaktivitäten oder andere unbezahlte Unterstützungsleistungen, und plant die Bundesregierung, dieses Engagement künftig systematisch zu erfassen und anzuerkennen, wenn ja, wie, und wenn nein, warum nicht?

Berlin, den 3. September 2025

**Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Fraktion**

